

Asientag 2023: Gemeinsam durch die Klimakrise?



Foto: Valentina Kiefer

Loss and Damage made in Germany? - Kohle, das 1,5-Grad-Ziel und transnationale Proteste

Die Energiegewinnung durch Braunkohle spielt eine entscheidende Rolle in der Klimakrise. Im vergangenen Jahr löste der Angriffskrieg in der Ukraine eine Energieversorgungskrise, u.a. in der EU, aus. Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland forderte ein abruptes Umdenken. Deutschland beschloss umfassende Maßnahmen zum Ausbau von Erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz, wählte Kohle jedoch als kurzfristige Notlösung. Die [Emissionen aus Braun- und Steinkohle](#) zur Energiegewinnung stiegen im letzten Jahr deutlich an. Der Klima-Expert:innen-Rat bestätigte kürzlich, was Aktivist:innen schon lange beklagen, [Deutschland reduziert seine Treibhausgas-Emissionen zu langsam](#). Zu oft werden umweltpolitische sowie zivilgesellschaftliche Forderungen hinter die Interessen der Kohleindustrie gestellt, so auch im [Fall Lützerath](#). Im Januar 2023 war das Dorf am Rande des Garzweiler Tagebaus geräumt worden. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen dürfte die Kohle unter Lützerath laut Klima-Bewegung und [Expert:innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung \(DIW\)](#) nicht abgebaggert werden.

Einblicke in Proteste um Lützerath

Amadeo Kaus, Sprecher von Fridays for Future Köln, berichtete von den Protesten rund um Lützerath. Fridays for Future Köln war Teil eines breiten Protestbündnisses, das sich über Jahre gebildet hat. Zusammen mit anderen Initiativen, darunter *Lützerath lebt!*, *Kirche im Dorf lassen* und *Ende Gelände*, wendeten sie sich gegen die Räumung des Dorfes und belebten es mit

alternativen und anti-kapitalistischen Lebensentwürfen, die Umwelt und Menschen in den Fokus rücken. Lützerath bzw. der Tagebau Garzweiler steht dabei auch für die historische Verantwortung Deutschlands und des Energiekonzerns RWE: „Die reichsten 10 Prozent [der Weltbevölkerung sind] für fast 50 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich“, beklagt Amadeo Kaus. Machtvolle Lobbyist:innen und fehlender politischer Wille würde verhindern, dass alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um die Klimaziele noch zu erreichen. „Es ist alles da, es fehlt an der Umsetzung“ hielt Kaus fest.

Die Braunkohle unter Lützerath könne technisch gesehen erst in drei Jahren abgebaggert werden. Das Abbaggern würde ein Erreichen der Klimaziele Deutschlands unmöglich machen. Dagegen protestieren Klima-Aktivist:innen auch weiterhin. Im Angesicht fortschreitender Auswirkungen des Klimawandels insbesondere auf Menschen und Gebiete des Globalen Südens (Most Affected People and Areas bzw. MAPA) betonte Kaus die Bedeutung von internationaler Vernetzung und Plattformen, bei denen Menschen aus dem Globalen Süden zu Wort kommen. Von ihnen muss auch der globale Norden lernen.

Ausbau von Kohlekraftwerke und Erneuerbaren in China

Im Februar 2023 titelte die Tagesschau: [„China setzt massiv auf Kohlekraftwerke“](#) und fügte hinzu „Kohle statt grüner Energie: Trotz globaler Bemühungen, Treibhausgase zu reduzieren, baut China laut einer Studie verstärkt Kohlekraftwerke. Forschende sprechen von einer „außergewöhnlichen“ Geschwindigkeit bei der Umsetzung“. Der [Global Energy Monitor](#) berichtet, dass zwar weltweit – wenn auch viel zu langsam – die Planung und der Bau von neuen Kohlekraftwerken abgenommen hat, die Energiegewinnung aus Kohlekraftwerken in China jedoch massiv ausgebaut wurde. Die chinesische Regierung genehmigte den Bau neuer Kohlekraftwerke mit der Kapazität von etwa zwei großen Kraftwerksblöcken pro Woche. Insgesamt bauten im letzten Jahr 14 Länder neue Kohlekraftwerke, mehr als die Hälfte (59%) der zusätzlichen Kapazität wurde in China ausgebaut. Schnell hält China als größter „Klimasünder“ her. Doch das Bild ist komplexer.

Stand 2021 sank trotz des Ausbaus der Kohleenergie der Kohleanteil am Gesamtenergiemix um [etwa einen Prozentpunkt](#). Grund ist der ebenfalls massive Ausbau von Solar- und Windenergie. [China investiert mehr als die USA und die EU zusammen und verfügt über ein Drittel der weltweiten installierten Windenergie und ein Viertel der Solarenergie](#). Chinas Ziel ist es bis 2060 CO₂-neutral zu werden.

Klimastrategie Chinas und deren Verbindung mit Europa

An Leonie Suna-Kiefer, Programm-Managerin im China-Programm der Stiftung Asienhaus, ging die Frage nach der Klimastrategie Chinas und deren Verknüpfung mit deutsch-europäischen Strategien.

Sie bettete die Strategie Chinas zunächst in ihren Kontext ein. Die chinesische Regierung strebt einen Höhepunkt der Emissionen bis zum Jahr 2030 an. Eine CO₂-Neutralität möchte China 30 Jahre später, in 2060 erreicht haben. Bisher liegt der Fokus Chinas auf der Energiesicherheit des Landes. Mithilfe von Kohlestrom als sogenannte „Brückentechnologie“ sollen Versorgungsengpässen und Stromknappheit vorgebeugt werden, bis die Erneuerbaren die Nachfrage decken können. Aktuell stammt etwa ein Drittel des chinesischen Energiemixes aus Erneuerbaren Energien. Internationale Finanzströme fördern die chinesische Kohleindustrie, aus Deutschland fließen dabei unter anderem Gelder von der Allianz, Axa und der Deutschen Bank in

die Volksrepublik. „China wird gleichzeitig sanktioniert und finanziert“, fasste Suna-Kiefer zusammen.

Auf der anderen Seite investierte China bis zuletzt massiv in den Aufbau von Kohlekraftwerken in Ländern des Globalen Südens. Staatspräsident Xi Jinping verkündete 2021 jedoch, dass China keine neuen Kohlekraftwerke mehr im Ausland bauen würde. Chinas Technologien und Investitionen in Erneuerbare Energien sind für eine globale Energiewende unerlässlich. Suna-Kiefer plädierte dafür, dass bei aller Kritik Brücken und Dialog nicht abbrechen dürfen. Für das Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens ist China weiterhin unverzichtbar.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist dabei in China nicht mit den Handlungsspielräumen in Lützerath zu vergleichen, jedoch wird auch in China – oft auf lokaler Ebene und im Rahmen von staatlichen Umweltorganisationen – protestiert bzw. sich kreativ für Klimaschutz und Gerechtigkeit eingesetzt. Im Gegensatz zu Deutschland ist der zivilgesellschaftliche Protest in China meist von einer persönlichen Betroffenheit bestimmt und größtenteils weder system- noch regierungskritisch.

Bericht von Hannah Wolf